

Bei Bedürftigen wird gekürzt

Caritas: Sparpläne der Bundesregierung sind ein Armutszeugnis!

Eigentlich kamen Ralf und Marina Schreiber* immer ganz gut klar. Bis der gelernte Maler und Lackierer vor zwei Jahren arbeitslos wurde. Der Betrieb, für den er zuletzt arbeitete, ging wegen schwacher Auftragslage in Konkurs. Seitdem sucht der 31-Jährige vergeblich nach einer Neuanschaffung. Marina Schreiber hat vor vier Jahren ihren Beruf als Bäckereifachverkäuferin aufgegeben. Die Arbeitszeiten und die Betreuung ihrer Tochter Vanessa ließen sich nicht mehr vereinbaren. Vor sechs Monaten wurde dann noch der kleine Leon geboren.

Vor den Sparbeschlüssen der Bundesregierung sah die monatliche Finanzlage der Familie Schreiber so aus: Regelsatz Marina Schreiber 323 Euro, Regelsatz Ralf Schreiber 323 Euro, Regelsatz Vanessa Schreiber (6 Jahre) 251 Euro, Regelsatz Leon Schreiber (6 Monate) 215 Euro, Elterngeld für Leon 300 Euro.

Gesamt 1 412 Euro.

Das Kindergeld von 368 Euro, das der Familie zusteht, kommt bei den Schreibers wie bei allen Hartz-IV-Familien erst gar nicht an, denn es gilt als Einkommen und wird mit dem Regelsatz verrechnet.

Von 1 412 Euro muss Familie Schreiber den Eigenanteil für die Krankenkasse, die Kosten für Strom, Telefon und die Haftpflichtversicherung, Lebensmittel, Kleidung, Fahrtkosten, Rezeptgebühren, Hefte, Stifte und das Mittagessen in der Ganztagschule

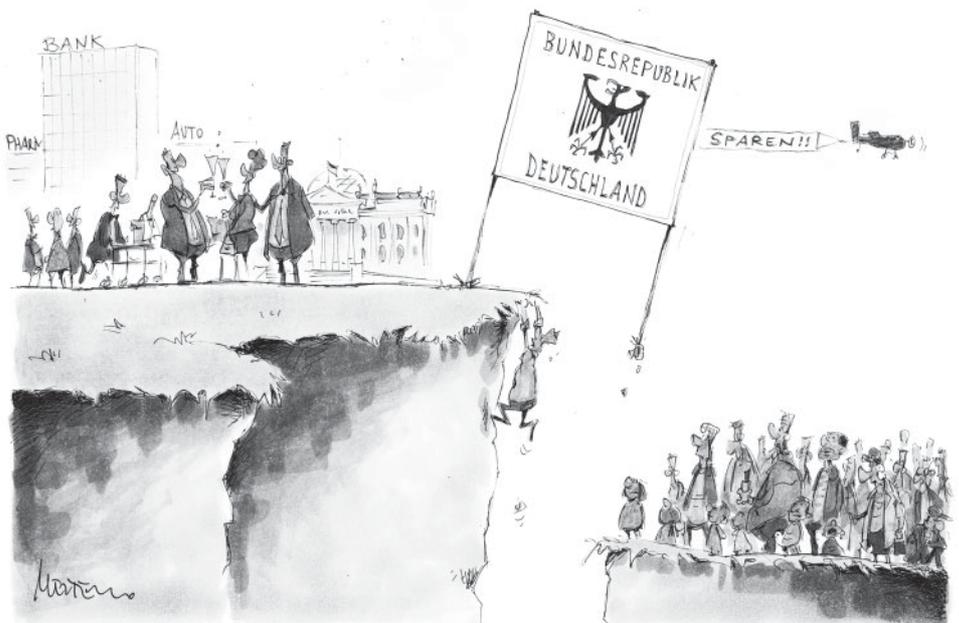
sowie Rücklagen für Neuanschaffungen und Reparaturen (Waschmaschine, Herd etc.) bestreiten. Für Freizeit, Sport, Kultur und Bildung bleibt am Ende kaum etwas übrig. Die jetzt geplanten Kürzungen der Bundesregierung sehen u. a. vor:

- den kompletten Wegfall des Elterngeldes sowie der Beiträge zur Rentenversicherung bei Empfängern von Arbeitslosengeld II
- und die Umwandlung von Pflichtleistun-

„Die Lage von Familien, die von Sozialleistungen wie Hartz IV leben, war schon bislang schwierig genug. Jetzt soll ausgerechnet hier ein wesentlicher Teil des monatlich verfügbaren Geldes weggespart werden. Das ist nicht richtig, die Zukunft unserer Kinder muss es uns wert sein!“, kommentiert der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel. „Vanessa und Leon können unter diesen Umständen auf vergleichbare Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe wohl kaum noch hoffen.“

Hensel: „Es verschärft sich die Gefahr, dass die Geschwister Vanessa und Leon, ihre Eltern und viele andere arme Menschen später auf Tafeln und Wärmestuben verwiesen sind. Wie Vizekanzler Westerwelle von einem ‚ausgewogenen, fairen, gerechten Sparpaket‘ zu sprechen ist angesichts dieser harten Realitäten ein Hohn!“ ◀

* Namen geändert



Karikatur: Mester

„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

gen in Ermessensleistungen, etwa bei der Eingliederungshilfe für Jobsuchende.

Nach der Kabinettsklausur gilt für eine Familie wie die Schreibers: überleben von 1 112 Euro statt wie bisher 1 412 Euro – das entspricht Abzügen von über 21 Prozent – auf einen Schlag!



„Armut schreit zum Himmel“

Europa-Forum der Caritas in NRW: Folgen der Wirtschafts- und Schuldenkrise kommen bei EU-Bürgern an

Pünktlich zum „Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ geht das Gespenst der Armut in Europa wieder um: Die Wirtschafts- und Schuldenkrise ist bei den Bürgern Europas angekommen. Nach Griechenland mutet als nächstes EU-Mitglied Rumänien seinen Bürgern brutale Einschnitte zu.

„Die Renten werden um 20 Prozent abgesenkt, die Gehälter im öffentlichen Dienst um 25 Prozent, die Mehrwertsteuer steigt auf 24 Prozent“, berichtete jetzt die Direktorin der Caritas im rumänischen Satu Mare, Tünde Löchli, beim diesjährigen Europa-Forum der Caritas in NRW in Schwerte. Für die Caritas in Rumänien bedeutet dies: Statt langfristiger Programme zur Bekämpfung der Armut z. B. durch Bildung und Qualifizierung muss nun wieder kurzfristig der Hunger bekämpft werden – wie vor 20 Jahren nach dem Ende des Kommunismus. Keine Zweifel, Europa hat nicht nur etwas mit „Feierlaune“ zu tun, wie der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig betonte. Mit dem „Europäischen Jahr 2010“ seien existenzielle Fragen auf die Agenda gesetzt worden.

Armut trotz Mindestlohn

Wenig Erfreuliches wusste auch Andrij Waskowycz, Präsident der Caritas der griechisch-katholischen Kirche der Ukraine, zu berichten: „Von der Planwirtschaft zur Clanwirtschaft“ heißt die Devise in seinem Heimatland, das zwar nicht EU-Mitglied ist, aber sich Europa zugehörig fühlt. „Die politische Elite ist immer noch damit beschäftigt, das fette Erbe eine ehemals reichen Sowjetrepublik unter sich aufzuteilen“, erklärte Waskowycz. Diese Clans beherrschten auch das Parlament „Von 450 Abgeordneten sind 420 Dollar-Millionäre.“ Außen vor blieben jene, die über keine Netzwerke verfügten – und keine Schmiergelder zahlen können: alte Menschen, Straßenkinder, Aidskranke. Neue Armut auch bei unserem Nachbarn, den Niederlanden: Trotz gesetzlicher Mindestlöhne nimmt dort Lohn-Dumping auf dem Umweg der Scheinselbstständigkeit zu. Jo Bothmer von der nationalen Armutskonferenz EAPN nannte als Beispiel den Briefzustelldienst. Nach dem Ende des Postmonopols hätten sich mehrere Anbieter den Markt aufgeteilt. „Statt einmal bekomme



Plädoyer für eine globale soziale Marktwirtschaft: der Europa-Parlamentarier Elmar Brok beim Europa-Forum der Caritas in NRW in Schwerte, rechts daneben der Paderborner EU-Referent Josef Krautkrämer (Foto: cpd/Sauer)

ich jetzt fünfmal am Tag Post.“ Die Zusteller, formal oft „selbstständige Unternehmer“, erwirtschafteten oft nur Mini-Erlöse, da nach Stückpreisen bezahlt werde.

Jugendarbeitslosigkeit wird sich 2010 in der EU verdoppeln

Andreas Strohbach von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales bei der EU-Kommission nannte eine weitere bedrohliche Entwicklung: 2010 wird sich in der EU die Jugendarbeitslosigkeit verdoppeln, jedem fünften jungen Mensch wird damit der Weg ins Berufsleben versperrt sein. Länger bekannt ist das Ausmaß der Kinderarmut: Von ihr ist in Europa jedes fünfte Kind betroffen; die Quoten reichen von zehn Prozent in Dänemark bis 25 Prozent in Polen. Diese Zahlen nannte Gabriele Schmidt vom Landessozialministerium. Nordrhein-Westfalen gehört mit 24 Prozent zu den Schlusslichtern.

Die Europäische Union hat sich in ihrer Strategie-Perspektive für das Jahr 2020 ein ehrgeiziges Ziel gesteckt. Zwar ist man von der „Überwindung“ über die „Halbierung“ bis zur „Dreiviertelung“ der Armut stetig zurückgerudert, doch steht immer noch eine Zahl im Raum: Um 20 Millionen Menschen soll die Zahl der Armen in

der EU bis 2020 sinken. Utopisch angesichts der gegenwärtigen Situation? Elmar Brok, langjähriger Europa-Parlamentarier und EVP-Vorstandsmitglied, beschwor in Schwerte die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik: Ohne starke Wirtschaft sei Armutsbekämpfung schwer vorstellbar. Der Wohlstand Europas sei alles andere als selbstverständlich.

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge von der Universität Köln sieht demgegenüber den rheinischen zum „schweinishen“ Kapitalismus mutiert. Die Förderung des Niedriglohnssektors und eine fehlende Steuergerechtigkeit seien nur einige Beispiele, wie Politik die Armutsentwicklung und „US-Amerikanisierung“ der Gesellschaft begünstigt habe. „Was wirklich fehlt, ist eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten.“ Kein Geringerer als Papst Benedikt XVI. habe dies in seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ den Politikern ins Stammbuch geschrieben, so die Theologin Dr. Ulrike Kostka vom Deutschen Caritasverband. Globalisierung und Ökonomisierung seien keine Naturschicksale. „Wir sind nicht Opfer, sondern Gestalter der Entwicklung.“ Der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel beklagte, dass man gegenüber der Politik bei der Armutsbekämpfung inzwischen „merkantil“ argumentieren müsse: „wie Verkehrsplaner, die der Politik vorrechnen, was eine neue Straße der Wirtschaft bringen wird“. Der ökonomische Nutzen der Armutsbekämpfung dürfe nicht alleiniger Maßstab sein. Gerade für Christen gelten auch andere Argumente: „Armut schreit zum Himmel.“ ◀

Caritas Aachen: Heftige Kritik an Kürzungen bei Familien

Aachen – Der Caritasverband für das Bistum Aachen hat beim Sparpaket der Bundesregierung besonders die Kürzungen für Familien kritisiert. „Was in der letzten Legislaturperiode noch als Teil nachhaltiger Familienpolitik gefeiert wurde, wird nun im Zuge der Bemühungen um die Konsolidierung des Bundeshaushaltes wieder eingeschränkt“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders. Die Streichung des Elterngeldes treffe arme Familien gerade in der Phase des Familienaufbaus besonders hart. ◀

JobPerspektive vor dem Aus

Es war eines der erfolgreichsten Förderprogramme für Langzeitarbeitslose: Mit der „JobPerspektive“ haben allein in NRW rund 12500 Betroffene einen Arbeitsplatz gefunden. Ermöglicht wurde dies durch Lohnkostenzuschüsse für die Dienstgeber. Nun steht die „JobPerspektive“ faktisch vor dem Aus. „Im laufenden Jahr hat die Bundesregierung die geplante und erforderliche Förderung gekappt“, kritisierte der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege in

NRW, Essens Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes. Von den ursprünglich angezielten 100 000 geförderten Stellen konnte erst knapp die Hälfte eingerichtet werden. Meiwes forderte die Politik auf, ihr Versprechen auch gegenüber Langzeitarbeitslosen zu halten. „Es ist mehr als ärgerlich, wenn jetzt aus koalitions-taktischen und parteipolitischen Gründen auf Bundesebene ein vor zwei Jahren allseits und überparteilich gefeiertes Programm praktisch eingefroren wird“, sagte er. Das zerstöre die Hoffnungen vieler Langzeitarbeitsloser auf eine sinnvolle Arbeit. Meiwes appellierte an das Bundesarbeitsministerium, das Programm wie ursprünglich geplant auszubauen, um weitere 50 000 Stellen zu schaffen und die bestehenden mit bis zu 75 Prozent der Lohnkosten zu fördern. ◀

Roma-Abschiebung stoppen

Münster – Solange es im Kosovo keinen angemessenen Schutz gibt, darf es keine Abschiebungen geben: „Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde ist für die rund 10 000 Roma in Deutschland zurzeit ausgeschlossen“, erklärte Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann vor den Caritas-Flüchtlings-

beratern in NRW auf ihrer Jahrestagung in Münster. Es müsse über eine Bleiberechtsregelung für die seit vielen Jahren in Deutschland lebenden Roma nachgedacht werden, die „keine tatsächliche Reintegrationsperspektive“ im Kosovo hätten, sagte Kessmann. Die „Aktion 302“ in Münster gegen die Abschiebung der Roma sowie die Verabschiedung einer Resolution dazu im Rat der Stadt Münster wurden von den rund 40 Caritasmitarbeitern begrüßt. Ähnliche Aktionen sind auch für andere Orte in NRW geplant. ◀ *cpm*

Lichtblicke: Neuer Rekord

Oberhausen – Einen neuen Spendenrekord verzeichnet die Hilfsaktion Lichtblicke von Caritas und Diakonie mit den NRW-Lokalradios. Zum 30. Juni sind über 3,2 Millionen Euro an Spenden für Kinder und Familien in Not eingegangen. Im Stichtagsvergleich zum Vorjahr ist das wieder ein Plus von rund 270 000 Euro. In der laufenden Spendensaison hat die Aktion schon etwa 2 750 Anträge auf Förderung bearbeitet. Rund 8000 Kindern und Jugendlichen oder ihren Familien in schwierigen Lebenslagen konnte geholfen werden. ◀

Widerstand gegen Tränenlisten

Lokale Bündnisse gegen drastische Sparpläne im Sozialen

In vielen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen wächst der Zorn der Bürger über die desolante Haushaltssituation. Wohlfahrtsverbände und Bürgerinitiativen formieren sich zum Widerstand gegen drastische Sparpläne ihrer Kommunen und zeigen Alternativen auf.



Foto: Hovestadt

Die Wohlfahrtsverbände der Stadt Köln demonstrierten unter dem Motto „Kölner gestalten Köln“ gegen Kürzungen im Sozialsektor. Rund 6 000 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Hilfeempfänger und Angehörige versammelten sich vor dem Kölner Dom, um auf ihre Nöte und Sorgen hinzuweisen. Unterstützt wurden sie dabei von vielen Prominenten. Aufgrund der schwierigen Haushaltsslage befürchten die Wohlfahrtsverbände radikale Einschnitte durch Streichung sogenannter freiwilliger Leistungen. Ähnliche Bündnisse gibt es bereits in zahlreichen Kommunen (siehe Caritas in NRW – AKTUELL 2 und 3/2010). Eine Übersicht über angekündigte Sparmaßnahmen und lokale Bündnisse gegen Sozialabbau mit Links und weiteren Infos unter www.caritas-nrw.de. ◀

Internetsucht als neue Aufgabe

Immer mehr Menschen leiden unter Internetsucht. Noch tauchen sie selten in Suchtberatungsstellen und -selbsthilfegruppen auf, doch diese müssen sich mit dem Thema beschäftigen. Auf einer Fachtagung der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Sucht in NW (KLAGS) in Dortmund stand daher die Informationsvermittlung im Vordergrund.

Doch auch die Frage, ob Hilfen und Angebote für Internetsüchtige durch die „klassischen“ Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen überhaupt leistbar sind, stellt sich. Der Vorsitzende der KLAGS, der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, machte auf das Dilemma aufmerksam. „Einerseits steigen die Anforderungen an Suchtberatungsstellen und Suchtselbsthilfegruppen stetig. Andererseits werden die Träger gezwungen, finanziell und personell zu sparen.“ Lüttig kündigte an, dass sich die KLAGS angesichts neuer Suchtformen entschieden für eine Verbesserung der Versorgung Suchtkranker und Suchtgefährdeter auf Landesebene einsetzen wird. Die KLAGS vertritt in NRW rund 700 Gruppen des Suchtselbsthilfe-Fachverbandes Kreuzbund und rund 80 Suchtberatungsstellen der Caritas. Rudolf Gattwinkel, stellvertretender Vorsitzender der KLAGS und Vorsitzender des Kreuzbund-Diözesanverbandes Paderborn, geht davon aus, dass sich die Suchtselbsthilfe mit „neuen Süchten“ beschäftigen müsse. Allerdings müsse jede einzelne Kreuzbundgruppe entscheiden, ob sie auch Hilfen für Suchtgefährdete und Suchtkranke anbiete, die nicht von Alkohol oder Medikamenten abhängig seien. Wichtig sei die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Beratungsstellen, Ärzten, Krankenhäusern und Suchtfachkliniken. ◀

Fachtagung Spiritualität und Sucht

Am 9. Dezember 2010 veranstaltet die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Sucht (KLAGS) im Katholischen Centrum in Dortmund eine Fachtagung zum Thema: „Sucht und Spiritualität“. Hauptreferent ist der Prior der Abtei Königsmünster in Meschede, Pater Marian Reke. Spiritualität ist Hilfe zum Atmen und damit zum Leben. Die Fachtagung beschäftigt sich mit der Frage, wie Spiritualität suchtkranken Menschen helfen kann. Weitere Informationen unter Tel. 0 52 51/2 09-2 30 oder per E-Mail: klags@caritas-paderborn.de. Ansprechpartner ist Winfried Kersting. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,

Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de, Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Abo-Fragen: Monika Heinemann, Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527